

# Dokumentation

## ROUNDTABLE

### 3. Politische Partizipation als Faktor der (Arbeitsmarkt-) Integration

**Leitung/ Verantwortliche/r:**

Dejan Perc, LAKA – Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg

#### Zentrale Ergebnisse des Workshops:

Problematisiert wurden die Fragen, weswegen Parteien kaum oder nur wenige Personen mit Migrationshintergrund bei Wahlen aufstellen. Neben der Angst der Parteien, dass man seitens der Wählerinnen und Wähler „abgestraft“ würde, liegt das sicherlich auch daran, dass es wenig Zuehen auf MigrantInnen gibt und MigrantInnen ihrerseits nicht übermäßig aktiv sind in Parteien.

Wesentlicher Punkt war allerdings die Debatte um die (doppelte) Staatsangehörigkeit sowie das kommunale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige. Partizipation, zumal die politische kann nur dann greifen, wenn die Möglichkeit der grundlegenden Beteiligung gegeben ist. Alle Partizipationsangebote, die unterhalb des aktiven und passiven Wahlrechts angesiedelt sind, bleiben insoweit Hilfskonstrukte. Ziel muss folglich bleiben, ein allzu großes Auseinanderfallen von Wohnbevölkerung und Staatsvolk zu vermeiden. Damit sich Migrantinnen und Migranten dennoch in den politischen Diskurs einbringen können, ist eine Professionalisierung von Verbänden und Strukturen notwendig. Insbesondere die erfreuliche Ausweitung der Mitwirkungsmöglichkeiten in staatlichen und anderen Gremien setzt der Ehrenamtlichkeit zunehmend engere Grenzen.

Versuche, die Repräsentanz von nicht wahlberechtigten MigrantInnen durch direktdemokratische Elemente oder die Partizipation auch ohne Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts zu verbessern, sind gleichwohl zu begrüßen, weil sie eine Verbesserung der aktuellen Situation bedeuten. Bündnispartner wie der Verein „Mehr Demokratie“ oder auch Gewerkschaften sind lohnend. Gerade Letztere haben mit dem Betriebsverfassungsgesetz in einem Bereich des gesellschaftlichen Lebens breitestmögliche Teilhabe erstritten. Alle Belegschaftsmitglieder können unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit die VertreterInnen in den Betrieben wählen oder sich als solche wählen lassen.

Festzuhalten bleibt aber auch, dass es häufig kein allgemeines „Migranteninteresse“ gibt, das vertreten werden kann. Die MigrantInnen sind genauso heterogen in der politischen Ausprägung wie die deutsch-ursprüngliche Bevölkerung. Für eine strukturelle Verankerung von Quoten oder vergleichbaren Vorgaben bei Gremienbesetzungen werden keine Erfolgsaussichten gesehen, da es an einer der Frauenbewegung vergleichbaren gesellschaftlichen Bewegung resp. Politisierung zu dieser Frage mangelt.